

Jesus würde SP wählen

Kirchen machen Politik: immer öfter, immer direkter, immer einseitiger und, als Verwalter allein seligmachender Wahrheiten, immer mit dem Anspruch moralischer Überlegenheit.

Von Urs Paul Engeler ·

«Es ist selbstredend klar, dass die Kirchen nicht fehlen dürfen, wenn es um den himmlischen Strom geht», verkündete Dr. theol. Kurt Zaugg-Ott, Leiter der Arbeitsstelle der Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt (OeKU), vor Berner Journalisten. Als Mitglied des links-grün-alternativen Komitees Pro Solarstrom Wankdorf legte der Pfarrer an einer Medienkonferenz das christlich-religiöse Fundament für die politische Forderung, das Dach der neuen Fussballarena Stade de Suisse sei mit Solarzellen zu bestücken - in allem Ernst: «Das Christentum kennt eine reiche Sonnensymbolik. Christus gilt als die wahre Sonne. Gott wird in der Bibel oft als Lichterscheinung geschildert, die der Sonne ähnlich ist. Christinnen und Christen, die aus der Kraft Gottes leben, beziehen also in gewisser Weise Energie von der wahren Sonne, also «Sonnenenergie». Nichts ist nahe liegender, als auch in Kirchen und kirchlichen Gebäuden Sonnenenergie zu nutzen.»

Nun, die Kirchen selbst haben an ihren Türmen kaum Anlagen zur Gewinnung des «göttlichen Stroms» montieren lassen. Immerhin hat der Synodalarat der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn offiziell den Aufruf erlassen, «sich für den Bezug von Solarstrom aus dem Wankdorf einzusetzen». Im Namen Gottes, des Allmächtigen, und getreu der Lehre des Evangeliums wollen Pfarrer, Kirchenräte und Gläubige so «mithelfen, dass der Vollausbau der Anlage möglichst bald erreicht sein wird». Amen. Der Verweis auf das Wehen des Heiligen Geistes, mit dem auch der Bau von Windstrom-Anlagen zum Gebot erhoben werden kann, steht noch aus.

Die Kirchen der Neuestzeit sind mehr als Verkünder der frohen Botschaft und Veranstalter religiöser Rituale, mehr als dargebotene Hände für Suchende und Verzweifelte, mehr als Wegweiser zum ewigen Leben. Sie greifen in die weltliche Betriebsamkeit ein, in die Wirtschaft, in die Tagespolitik. Die Stellvertreter Gottes richten in dieser Welt über Wirtschaftsführer und Politiker und deren Pläne.

Zwar erklärt Pfarrer Simon Weber, Leiter Kommunikation des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK), die Kirche übe sich allgemein in «Zurückhaltung», was die politische Parteinahme betreffe, wirke eher im Hintergrund und greife nur ein, wenn «religiöse Fragen und Grundsätze des menschlichen Zusammenlebens» zur Debatte stünden. So seien die Stellungnahmen gegen den Irak-Krieg, gegen die Asyl-Initiative oder der offene Brief an die Schweizerische Volkspartei (SVP) wegen ihres Ratten-Plakats zu verstehen: «Ein Verstoss gegen die Menschenwürde.»

Zu detaillierten Interventionen gegen die geplante Herabsetzung des Schutzalters im Arbeitsgesetz auf 18 Jahre («Die Jugendzeit wie auch die Zeit des frühen Erwachsenen-Seins nutzen viele auch für sportliches, politisches, kulturelles oder religiöses Engagement») reichte die allgemeine Reserviertheit indes noch immer, auch zu Aufrufen der Art, die Bürger müssten die AHV-Initiative der SVP verwerfen und dem Beitritt der Schweiz zur Uno zustimmen. Eine Devise, mit der auch die Schweizer Bischöfe ihre Katholiken «nachdrücklich», wie sie vor zwei Jahren schrieben, zum Uno-Ja verpflichtet haben (auch wenn der Vatikan sich weiter von dieser Organisation fern hält). Gemeinsam warben SEK, Bischofskonferenz und OeKU für die Annahme der Initiative für vier autofreie Sonntage.

Wer immer also - verwirrt ob der konträren Botschaften der politischen Parteien und Interessengruppen zu Verkehrs-, Finanz- oder Wirtschaftsfragen - vor dem Ausfüllen des Stimmzettels die letzte Gewissheit sucht und vor den Wahlen den ganz sicheren Halt, der geht in die Kirche, schaut sich im Schweizer Fernsehen das «Wort zum Sonntag» an oder greift zum Pfarrblatt. Wohl in der Annahme, dass Gottes Wort in den letzten 2000 Jahren

sich hinreichend herumgesprochen habe und schliesslich auch in der Bibel nachzulesen sei, konzentrieren Seelsorger und kirchliche Publizisten sich seit einiger Zeit darauf, den verbliebenen Gläubigen zu predigen, wann Christus heute Ja und wann Nein stimmen oder wen er wählen und welche Partei(en) er verdammen, wen er als Pharisäer entlarven und aus dem Bundeshaus vertreiben würde.

Predigt von der Fernsehkanzel

Am Samstag, 21. Februar, sprach Hans-Jörg Fehle, reformierter Pfarrer im toggenburgischen Krinau, zur besten Sendezeit von der Fernsehkanzel zu 853000 Zuschauern und Zuhörern. Sein «Wort zum Sonntag» mündete in ein Kampfvotum für die Abstimmung über das Steuerpaket; sein christliches Bekenntnis konkretisierte sich als unbedingter Glaube an den autoritären Fiskalstaat: «Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört!» In der Manier eines zornigen linken oder grünen Referendumsführers geisselte Fehle die bürgerliche Sparpolitik und die Ansichten der Steuersenker: «Ich wünsche mir mehr reiche Menschen, die Freude haben am Steuernzahlen.» Ein Nein zum Steuerpaket am 16. Mai, so hörte es die TV-Gemeinde, sei die aktuelle Christenpflicht.

Zwar hält die «Vereinbarung 2002 Radio/ Fernsehen und Kirchen» über die Spielregeln für religiöse Sendungen fest, dass TV- und Radio-Prediger bei Themen, «die Gegenstand politischer Auseinandersetzungen sind», sich an das Prinzip der Ausgewogenheit zu halten und die «gegensätzlichen Positionen fair und differenziert» darzustellen haben: «Wir zeigen auch, dass Christen und Christinnen in der gleichen Sache unterschiedliche Entscheidungen treffen können.» Passiert ist nach Fehles Verstoss nichts, zu sehr haben Redaktion und Öffentlichkeit sich offenbar bereits an pfarrherrliche Intoleranz und Parteinahme gewöhnt. Nur auf dem Internet-Forum (www.wort-zum-sonntag.ch) grollte ein Gebührenzahler: «Zahl doch eusi Stüüre au grad no, wenn du so versässe druff bisch...»

Wenn Neo-SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen (BE), die dem radikalen Flügel um Franco Cavalli zugehört, am nationalen Frauentag eine neue Landeshymne fordert, die aufräumt mit dem «patriarchalen, nationalen Gottesbild» und der «Gebetsartigkeit» des frauenfeindlichen «Schweizerpsalms», dann liefert Andreas Marti, Organist, Theologe, Vorstandsmitglied des Schweizerischen Kirchengesangbuches sowie Dozent für Hymnologie und Liturgik an der Theologischen Fakultät der Universität Bern, tags darauf das ideologische Fundament für die Abschaffung des «untragbaren Schweizerpsalms». Der Nationalstaatsgedanke, erklärt der Staatsangestellte, habe zwei Weltkriege hervorgebracht: «Vor diesem Hintergrund wird der Text im Nachhinein zur nationalen Gotteslästerung, bei der nicht nur Frauen und Linke, sondern auch Christinnen und Christen demonstrativ den Mund halten müssten.» Zwar hat die Schweiz, seit sie ein Nationalstaat ist (abgesehen vom kurzen Feldzug gegen die Innerschweizer Katholiken vor 156 Jahren), keine Kriege geführt, trotzdem unterstützt der friedfertige Kirchenmann mit seinem verbindlichen Wort die SP-Motion alleweil.

Vor der Abstimmung über den Avanti-Gegenvorschlag outeten die Gottesdiener sich als engagierte Bahnförderer. Im Leitartikel des Berner Pfarrblatts für Reformierte, saemann (mit einer Auflage von 290000 Exemplaren die grösste Zeitung des Kantons), legte, wiederum, der evangelische Ökologie-Theologe Kurt Zaugg-Ott den Gläubigen nahe: «Die Verlagerungspolitik gilt es nach wie vor umzusetzen.» Um donnernd im Kanzelton zu schliessen: «Wem die Bewahrung der Schöpfung ein Anliegen ist, der/die kann zum Avanti-Gegenvorschlag nur ein kräftiges Nein einlegen.»

Im gleichen Ton propagieren kirchliche Blätter und Organisationen die rasche Einführung einer CO2-Abgabe, warnen sie vor der Gentechnologie und längeren Öffnungszeiten der Tankstellenshops, kommentieren sie den Zusammenbruch von Swissair («Es geht auch um eine moralische Haftung»), verdammen den «neoliberalen Jubel und Trubel der neunziger Jahre». Die Fachstelle Ökumene, Mission, Entwicklungszusammenarbeit (OeME) der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn trat letztes Jahr mit dem Satz «Der Dialog mit dem WEF ist sinnlos!» der Phalanx der Antiglobalisierer bei.

Als die kirchlichen Hilfswerke dieses Jahr den Weg nach Davos doch noch fanden, suchten sie dort «Bündnispartner» für ihre Idee, «alle Kontobewegungen eines jeden Weltbürgers»

lückenlos zu erfassen und so «weltweite Steuergerechtigkeit» herbeizuführen. Besonders die EU-Finanzminister reagierten hocheifrig über den Sukkors im Kampf gegen das Schweizer Bankkundengeheimnis. Erstaunt registrierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) die Aktivitäten der Kirchenfunktionäre: «Die Berner Vereinigung verfügt offenbar über ansehnliche Geldmittel, die wohl nicht zuletzt aus der Kollekte von Kirchenbesuchern aus aller Welt stammen. Ob die wohl schon alle aufgeklärt worden sind, was mit ihren Spendengeldern zielstrebig beabsichtigt ist?»

Konsequente Einmischung

Die Kirche macht Politik, genauer: links-grüne Politik. Von dort kommt denn auch applaudierendes Echo. «Ein konsequentes Einmischen der Kirchen in grundsätzliche soziale, ökonomische und ökologische Fragen ist wichtig und kann auch die Arbeit im politischen Alltag erleichtern», munterte die Grüne Monika Stocker, Zürcher Stadträtin und Vorsteherin des Sozialamtes, in einem Interview mit der öko-kirchlichen Gazette die ökumenischen Politbeauftragten zur verstärkten Einflussnahme auf. Wie die Berner grüne Gewerkschafterin Regula Rytz: «Wir brauchen das Engagement der Kirchen, um etwas zu verändern.»

Diese «konsequente Einmischung» erfolgt nicht nur mit privaten Zuwendungen, sondern vor allem mit öffentlichen Millionen. In den meisten Kantonen (ausser Genf und Neuenburg) haben die Kirchen steuerhoheitliche Befugnisse; in den meisten Ständen müssen nicht nur Gläubige, sondern auch juristische Personen eine Kirchensteuer entrichten: Im Kanton Bern etwa zahlen die Unternehmen den Religionsgemeinschaften Jahr für Jahr 18, die natürlichen Personen 160 Millionen Franken; in Zürich zogen die drei Landeskirchen im Jahr 2002 immerhin rund 396 Millionen Franken ein, die reformierten Kirchgemeinden über 212, die katholischen knapp 181 und die christkatholischen 1,3 Millionen Franken.

Aber nicht im Namen der Geldgeber oder Kirchgänger und nicht aufgrund demokratischer Entscheide ihrer Basis intervenieren die Pfarrer und Religionsfunktionäre, sondern auf der Basis eines höheren göttlichen Mandats. Und weil mit Zitaten aus der Bibel alles belegt und gerechtfertigt werden kann - Kreuzzüge, Religionskriege, Inquisition, Folterungen, Hexenverbrennungen, Mission, Ausbeutung und Kolonialisierung ebenso wie die Befreiungstheologie, die Kooperation mit den Nationalsozialisten gleich wie der Widerstand gegen das Dritte Reich, die Zusammenarbeit mit den Kommunisten in der ehemaligen DDR wie die Opposition gegen dieses Regime, der heutige latente Antiamerikanismus und die wachsende Kritik an der (globalisierten) Wirtschaft -, darum lässt sich die offene Unterstützung der linken und grünen Parteien und ihrer politischen Forderungen auch problemlos aus dem Evangelium begründen.

Die Beweisführung folgt stets einer dieser drei Argumentationslinien: »»

1 · Die Kirche ist dem Prinzip der Gewaltlosigkeit und der bedingungslosen Nächstenliebe verpflichtet. Aufgrund dieser Maxime werden nicht allein Gottesdienste gegen den Afghanistan- oder den Irak-Krieg veranstaltet, Appelle verfasst und humanitäre Engagements lanciert. Sie war auch Basis für den aktiven Kampf der Kirchen für den Uno-Beitritt oder gegen die Asylmissbrauchs-Initiative der SVP.

So finden prominente Kirchenleute sich ohne Mühe im «Netzwerk von Alliierten mit bekannten Köpfen» wieder, das der PR-Fachmann Peter M. Wettler, Kampagnenführer gegen die Asyl-Initiative, federführend auch beim Anti-Avanti-Feldzug, entworfen und zwischen «SP, GP ..., Gewerkschaften ..., Caritas, HEKS, Brot für alle ..., kath. und ref. Frauenorganisationen ..., Bischofskonferenz, Klöstern, Priesterseminaren, Christkatholiken, Rolf Bloch, Ellen Ringier, Sigi Feigel» etc. konkret geknüpft hat. Der Auftritt des Benediktiners Martin Werlen, Abt des Klosters Einsiedeln, in der «Arena» des Schweizer Fernsehens entsprang darum nicht der Besorgtheit des Mönchs; er folgte nicht dem Ruf Gottes, sondern dem Plan Wettlers. Und wenn vor gut einem Jahr von den Kanzeln gegen die SVP-Initiative gepredigt wurde, folgten diese Unterweisungen exakt Punkt 20 des «Massnahmenkatalogs» der Antikampagne: «Predigtentwürfe (Maria und Joseph fliehen nach Ägypten) für Pfarrer».

2 · Die Kirche definiert sich als Bewahrerin der Schöpfung. Mit diesem wenig reflektierten, zivilisationsfeindlichen Motto legitimiert sie ihre ökologischen Offensiven für eine (schweizerische) CO₂-Abgabe und für Alternativenenergien sowie ihre Attacken auf die Mobilität (genauer auf den Autoverkehr und Strassenbau), auf die Energiegewinnung mit AKWs und auf die Biotechnologie. Faktisch haben sich die ökologisch-kirchlichen Organisationen und ihre Pfarrer darauf versteift, den aktuellen Stand der Entwicklung (inklusive Weltklima) als «Schöpfung» zu bezeichnen und einzufrieren.

Viel Logik ist allerdings nicht auszumachen. Veränderungen der Welt mit Solarzellen und Eisenbahntrassees werden toleriert, während der PW- und Lastwagenverkehr als Frevel gebrandmarkt wird. Eine theologische Herleitung, warum der Bau zweier Neat-Äste und Bahntunnels Gottes Schöpfung schützt und warum die Autostrasse sie zerstört, ist im öko-religiösen Schriftgut nirgends zu finden. Das nervöse Umweltengagement folgt der einfachen (partei)politischen Linie links der Mitte. Und hat, da im Besitze der endgültigen Wahrheit, Mühe mit den Gesetzen der Demokratie. 1991, als Pfarrer Christoph Stückelberger, Zentralsekretär von Brot für alle, noch Chefredaktor des Zürcher Kirchenboten war, plädierte er, Huldrych Zwingli («Die Mehrheit macht nicht die Wahrheit») zitierend, im Pfarrblatt für eine relativierte Demokratie, um die CO₂-Abgabe beschleunigt, also ohne Referendum, einführen und damit «noch fristgerecht die Schöpfung» bewahren zu können, für eine Relativierung der Bürgerrechte: «Überleben und Sicherung der Lebensgrundlagen sind höhere Werte als die Demokratie.»

3 · Die Kirche setzt sich ein für Gerechtigkeit. Das Erfolgsmodell Marktwirtschaft, das auf Gewinnstreben und dynamisierenden Differenzen basiert, wird abgelehnt. Christ sein, so lehren die Bischofskonferenz und der Evangelische Kirchenbund mit ihrem 2001 erschienenen «Wort der Kirchen» zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz, Christ sein bedeute, für die Einebnung kantonaler Steuer-unterschiede einzutreten, weltweit eine Steuer auf dem Devisenhandel zu wollen, für das Recycling von Elektronikschrott zu kämpfen, höhere staatliche Beiträge an die Krankenkassenprämien und höhere Kinderzulagen zu fordern, einer Mutterschaftsversicherung zuzustimmen sowie die Löhne der Spitzenmanager zu verurteilen. Richtschnur ist die «Perspektive der Benachteiligten und der Sprachlosen»; Ziel die Egalität.

«Finsternis erfüllt die Herzen»

Aus dieser «Opfer-Optik» folgt, dass die Kirchen alle nationalen und weltweiten Wohlstands- und Entwicklungsgefälle als reine Verteilprobleme und implizit als Sünde der Besitzenden darstellen. Ganz aktuell und im Ernst wird den potenziellen Spendern in den viel-farbigem Begleitmaterialien zur Sammelkampagne von Brot für alle und Fastenopfer die illusionäre Rechnung vorgehalten, dass die jährliche Getreideproduktion ausreichen würde, alle Menschen zu ernähren: 1, 83 Milliarden Tonnen Getreide, geteilt durch 6,1 Milliarden Menschen, ergibt 820 Gramm pro Kopf und Tag. Logistische, ökologische und ökonomische Probleme der flächendeckend «gerechten» Zumessung werden nicht weiter erörtert.

Die Schuld am «Ungleichgewicht auf Erden», lesen die Stadtberner Gläubigen im offiziellen Sammelzirkular, «ist ganz einfach» zuzuordnen: «Vor allem die für die Politik, die Staatsführung und für die Wirtschaft Verantwortlichen lassen sich nicht vom Geist der Liebe bestimmen. Finsternis erfüllt vielmehr ihre Herzen und Sinne. Sie sind vom Willen zu Macht, aber auch von unbändiger Gier nach Reichtum und Profit besessen.» Es sind, etwas einfacher und im gängigen Gewerkschaftsslang formuliert, die «Abzocker».

Mit Absolutheitsanspruch wird den Gläubigen ein schlechtes Gewissen eingejagt. Nicht einen Nebengedanken verschwenden die SEK-Beamten und katholischen Kirchenfürsten an die weltliche Erkenntnis, dass am Elend der Welt und an der schleppenden Entwicklung der Wirtschaft vor allem die korrupten Regimes der Dritten Welt schuld sind und weniger die heutigen Bürger Europas, die jährlich Multimilliarden in die so genannte Entwicklungshilfe pumpen. Auch über die historische Schuld der Kirchen und ihrer Missionsideologen an diesem Zustand wird geschwiegen. Die Verdammung der gottlosen globalisierten Wirtschaft ist einfacher und eingängiger.

Wer in Gottes Namen spricht, muss nicht argumentieren. Das haben auch die Spitzenpolitiker der SVP gemerkt, die im September 2003 ihre Delegiertenversammlung auf der Äggi-Alp OW mit einer Andacht samt Alpsegen aufwerteten. Pfarrerssohn Christoph Blocher kündigte in Sempach seine Bundesratskandidatur mit dem Satz «So wahr mir Gott helfe!» an; und nach der Wahl rief er in den Nationalratssaal: «Ich hoffe, dass uns Gott helfe.» Ein «Segnungsgottesdienst» im Berner Münster sollte Nationalratspräsident Max Binder (SVP) höhere Würde verleihen.

Wem gehört Gott? Wer darf in seinem Namen politisieren? Wer darf von der Kanzel auf wen schiessen? Die Gegenattacken der offiziellen Kirchen erfolgten rasch und waren scharf. Das Berner Pfarrblatt saemann diffamierte Bundesrat Blocher mit einer Karikatur, die ihn als dicken, lachenden Sieger zeigt, der den wehrlosen Jesus so eng an sich klammert, dass er ihn erdrückt. Die Proteste der Basis gegen diese Kirchenpolitik waren zahlreich, Pfarrer hingegen verteidigten in Leserbriefen die Anti-Blocher-Offensive: «Er und seine Gefolgsleute kämpfen für Streichungen im Sozialbereich (also bei den Ärmsten) und für Steuergeschenke für die Reichen und Superreichen.»

Der offene Brief des Evangelischen Kirchenbundes an die SVP, mit dem der SEK den Stopp des Ratten-Plakats und der SVP-Kampagne für das Steuerpaket fordert, gehört zur Strategie, die Hoheit über Kirche und Religion zu schützen, wie Thomas Wipf, SEK-Ratspräsident, in einem Interview indirekt zugibt: «Dieser Stil des politischen Kampfes steht im Gegensatz zum Programm einer Partei, welche für sich in Anspruch nimmt, sich auf die Grundwerte des Christentums und der Schweizer Geschichte zu beziehen.» Zu Moritz Leuenbergers in der NZZ prominent publizierter Zeichnung, welche die SVP-Sparer als Ratten zeigt, schweigen die Gottesleute.

Es herrscht nicht nur ein Kulturkampf. Es geht auch um Parteipolitik. Auf der Website www.jesus.ch, mitfinanziert von 30 Kirchgemeinden, warnt Pfarrer Fritz Imhof ausdrücklich vor bekennenden SVP-Leuten: «Das Zeugnis der christlichen Gemeinde und Kirchen kann jedenfalls auch Schaden nehmen, wenn es von Leuten vertreten wird, die eine öffentliche Position bekleiden und nicht immer glaubwürdig handeln.» Ganz anders wertet [jesus.ch](http://www.jesus.ch) den religiösen Moralismus Moritz Leuenbergers, der regelmässig mit Bekenntnissen des Stils «Heute weiss ich: Wir Sozialdemokraten sind die Christen - nämlich lieb!» aufwartet. «Es tut gut, wenn auch einmal ein Bundesrat [...] auf unsere christlichen Fundamente hinweist», bejubelt Imhof den linken Pfarrerssohn, der von den kirchlichen Kreisen seit Jahren gehätschelt und gefördert wird. Als der SP-Mann 1991 erstmals für den Zürcher Regierungsrat kandidierte, druckte der Kirchenbote zehn Tage vor der Wahl auf einer ganzen Seite - exklusiv - ein älteres Referat des Bewerbers ab, ergänzt mit der von Chefredaktor Stückelberger verfassten Wahlempfehlung: «Moritz Leuenberger setzt sich für Benachteiligte ein, z.B. als Anwalt für die Rückgabe der Marcos-Millionen an das philippinische Volk und für die Anliegen von Mietern bei uns.»

Die Bilanz der Verpolitisierung der Glaubensgemeinschaften ist ambivalent: Dank ihrer Verflechtung mit den Interessengruppen und Machträgern bauen die Kirchen ihre Machtposition in der Gesellschaft ständig aus. In genau gleicher Weise nimmt indes ihre Bedeutung für die Mitglieder laufend ab. Früher trat nur, wer progressiv war und links, demonstrativ aus der Kirche aus. Dass man dabei auch noch Steuern sparte, war eine erfreuliche Nebenwirkung. Heute sind die Kündigungen ein Massenphänomen, ein sich beschleunigender Trend: Nach der Volkszählung von 2000 registrierten die Reformierten des Kantons Bern, dass sie in den letzten zehn Jahren - je nach Zählweise - 50000 oder 90000 Mitglieder verloren hatten. Im Kanton Zürich treten Jahr für Jahr rund 3300 Personen aus der reformierten Kirche aus.

Und die, die bleiben, streiken beim Kirchgang. Das Gotteshaus ist bald Synonym für Vakuum und Hohlraum. Die Verkündigung von Parteiprogrammen wirkt nicht als Publikumsmagnet. Dazu schrieb Martin Luther schon 1522: «Denn keine andere Ursache gibt es, Kirchen zu bauen, als dass die Christen mögen zusammenkommen, beten, Predigt hören und Sakramente empfangen. Und wo die Ursache aufhört, sollte man dieselben Kirchen abbrechen, wie man es mit anderen Häusern tut, wenn sie nicht mehr nützlich sind.»